

G20



DIE KRISE HEIßT KAPITALISMUS!

**AUSEINANDERSETZUNG ZUR ROLLE DER G-20 -
AKTEURE, HINTERGRÜNDE UND GEGENBEWEGUNG**

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	Seite 3
2. Wer und was sind die G20?	Seite 4
- Die G20-Staaten	Seite 4
- Das Selbstbild der G20	Seite 4
- Drei praktische, international agierende Instrumente des Kapitals: Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank (WB) und Welthandelsorganisation (WTO)	Seite 5
- Die Konsequenzen der imperialistischen Politik	Seite 6
3. Spardiktat und Sozialabbau in Europa	Seite 8
4. Die Logik des imperialistischen Krieges	Seite 9
5. Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung	Seite 11
- NGOs	Seite 11
- Die Zapatisten und die EZLN als inhaltlicher Bezugspunkt der globalisierungskritischen Bewegung in den Industrieländern	Seite 11
- Battle in Seattle	Seite 12
- Kein Vergeben, Kein Vergessen	Seite 13
- Strasbourg was a riot	Seite 13
6. Internationale Solidarität und Klassenkampf statt Nationalismus	Seite 14

HerausgeberInnen:

Kampagne „no g20 - Die Krise heißt Kapitalismus“

Kontakt:

www.no-g20.tk

no-g20@riseup.net

Auflage: 750 Exemplare | Selbstkostenpreis

Bezug über www.no-g20.tk

Erscheinungsdatum: Oktober 2011

Erstellt von:

Antifaschistische Linke Freiburg (ALFR) | Antifaschistische Linke Bühl-Achern (ALBA) |

Gruppe 76 Rastatt/Murgtal

I. Einleitung

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

Karl Marx, Friedrich Engels,
Manifest der Kommunistischen Partei, 1848

Die Krise heißt Kapitalismus. Anders als es versucht wird darzustellen, ist die Krise des Kapitalismus längst nicht vorüber. In ihr verschärfen sich die Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital und bringen so die wahre Aggressivität des Kapitalismus in seinem ganzen Ausmaß ans Licht. Soziale Errungenschaften werden konsequent zurückgeschraubt, die Privatisierung in vielerlei Bereichen schreitet, wie beispielsweise in Griechenland, weiter voran. In den so genannten „Dritteweltländern“ geht der Kapitalismus Hand in Hand mit Hunger, Ausbeutung und Tod.

Hinzu kommt eine aggressive Kriegspolitik der NATO-Staaten. Kriege in Libyen, dem Irak oder in Afghanistan werden nicht zum Schutz oder zur Wahrung der Menschenrechte geführt, sondern einzig und allein aus Profitinteressen. So dient die militärische Intervention der NATO in erster Linie der Erschließung neuer Märkte. Gleichzeitig wird versucht die Menschen gegeneinander aufzubringen.

Das Geschwafel vom angeblich „faulen Griechen“, der an der Pleite selbst schuld sei oder der so genannten „spätromischen Dekadenz“ in welcher die Hartz IV-Empfänger schwelgen sollen, dient zur Hetze und Spaltung der Menschen. Es soll von den gemeinsamen Zielen der Lohnabhängigen weltweit abgelenkt werden.

In Zeiten in denen die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus stärker zu Tage tritt und in denen die neoliberale Globalisierung dafür gesorgt hat, dass die nationalen Ökonomien weltweit miteinander verflochten sind, braucht die herrschende Klasse Institutionen, mit denen sie versucht Krisen und Erschütterungen des globalen Marktes zu verwalten. Aus diesem Grund nahm die Bedeutung aller Art von Gipfeltreffen, bei denen sich die herrschende Klasse der Industrieländer an einen Tisch setzt, um die Welt untereinander aufzuteilen und Ausbeutung zu organisieren, in den letzten Jahrzehnten zu. Durch die anhaltende Legitimationskrise der G8, welche als zu offensichtlich undemokratisch wahrgenommen wurde und die Notwendigkeit der Industriestaaten ihre ausbeuterische Politik auch in Schwellenländern mit hohem Wirtschaftswachstum wie Indien zu koordinieren, wird

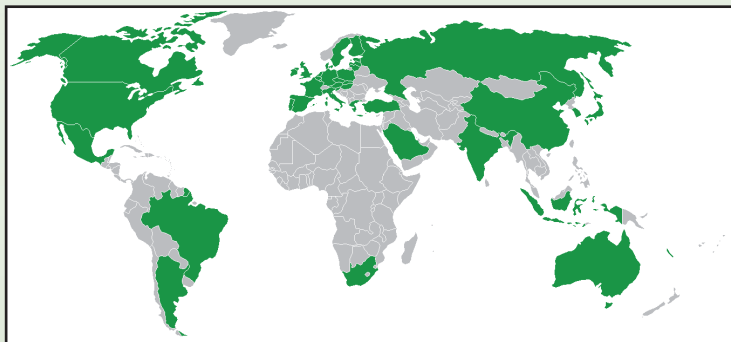
Wie funktioniert eine Krise

Durch die stetig voranschreitende Technisierung können immer größere Mengen an Waren produziert werden, wozu immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Der Konkurrenzdruck unter den Unternehmern zwingt diese, in immer modernere Maschinen und Technologien zu investieren. Es wird mehr produziert als verkauft werden kann. Der Wert des konstanten Kapitals (Produktionsmittel, z.B. Maschinen, Rohstoffe) erhöht sich im Gegensatz zur eingesetzten menschlichen Arbeitskraft. Jedoch erzeugt diese einen Mehrwert für den Unternehmer. Um dem Fall der Profitrate

entgegenzuwirken, werden die Lohnabhängigen stärker ausgebeutet, das Kapital spekuliert am Finanzmarkt oder es wird versucht, neue Absatzmärkte zu schaffen. Jedoch kann die Profitrate nur kurzfristig erhöht werden. In Folge dessen werden Produktivkräfte vernichtet: Angestellte entlassen, Werke geschlossen, Produktionsanlagen zerstört. Den krassesten Ausdruck erfährt die Vernichtung der Produktivkräfte durch Kriege. Da immer größere Mengen Kapital auf begrenzte Märkte stoßen, sind die kapitalistischen Überproduktionskrisen nicht nur kurzfristig, sondern ein struktureller Bestandteil und systembedingt.

die G20 das vorrangige Instrument mit dem versucht wird die Welt im Sinne des Kapitals zu strukturieren.

Doch auch dem Protest und Widerstand gegen Institutionen, die Hunger, Kriege und Ausbeutung verwalten und organisieren kommt in Zukunft wieder eine größere Bedeutung zu. Uns als Kommunisten und revolutionären Linken kann nicht daran gelegen sein, an diese Institutionen zu appellieren und reformistische Forderungen zu stellen. Es ist unsere Aufgabe, uns im Sinne der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes entgegenzustellen. So soll diese Broschüre die Folgen der kapitalistischen Globalisierung aufzeigen und zum Widerstand dagegen mobilisieren.



DIE G20-STAA TEN

Seit 1999 gibt es aufgrund der Initiative der Vereinigten Staaten von Amerika regelmäßige Treffen von Finanzministern aus verschiedenen Ländern der Welt. Kern dieser Entwicklung waren die sogenannten G8-Staaten („Group of Eight“), also die acht ökonomisch mächtigsten Länder der Welt. Mitglieder der G8 waren die USA, England, Frankreich, Kanada, Japan, Italien, Deutschland und etwas später schließlich Russland. Die elf weiteren Staaten, die der G20-Runde angehören, sind Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea und die Türkei. Desweiteren nehmen die Europäische Union, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank (WB) an den Treffen teil. Die G20-Staaten sehen sich selbst als die „Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ und nennen sich gerne auch mal „Globale Regierung“ („Global Governance“).

2. Wer und was sind die G20?

Die G20-Runde hat in den letzten Jahren an Bedeutung und Macht dazu gewonnen. Mittlerweile ist diese Runde eine der mächtigsten politischen Instanzen weltweit und wir halten es für notwendig, dass die Funktion dieses informellen Zusammenschlusses mehr ins Blickfeld gerückt wird. In folgendem Text sollen die Entwicklungen und die Absichten der G20-Runde näher betrachtet werden und dabei möchten wir die besondere Verantwortung der G20 für globale Verhältnisse herausstellen.

Die Gipfeltreffen aller Mitglieder finden jährlich statt und die 20 involvierten Staaten repräsentieren auf dem Papier ca. zwei Drittel der Weltbevölkerung, ca. 85 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und 80 % des Welthandels.

DAS SELBSTBILD DER G20

Ihrem Selbstverständnis gemäß sind globale wirtschaftspolitische Angelegenheiten das Hauptthema des G20-Zusammenschlusses. Bei den verschiedenen Treffen, die es bisher gab, wurde deutlich, welche Interessen die beteiligten Staaten hauptsächlich

durchsetzen und verteidigen wollen: Die Interessen ihres jeweiligen nationalen Industrie- und Finanzkapitals. Und dazu gehört unter anderem der weltweite, ungehinderte Zugang zu Rohstoffen, Handelswegen und zu Märkten jeder Art.

DREI PRAKTISCHE, INTERNATIONAL AGIERENDE INSTRUMENTE DES KAPITALS: INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS (IWF), WELTBANK (WB) UND WELTHANDELSORGANISATION (WTO)

Zunächst sei der Internationale Währungsfonds genannt, dem derzeit 187 Staaten angehören. Er hat sich als Ziel gesetzt, internationale Währungs- und Finanzangelegenheiten zu koordinieren. Ländern mit akutem finanziellem Notstand bietet der IWF Kredite an, die allerdings an Forderungen gekoppelt sind, welche erhebliche Auswirkungen für die Bevölkerung haben: staatlich angeordnete „Sparpakete“, Liberalisierung der Märkte und die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Aktuelle Beispiele sind Griechenland, Italien, Spanien und Portugal.

Ähnlich dem IWF ist auch die Weltbank eine Finanzorganisation der UN. Sie soll eigentlich die globale wirtschaftliche Entwicklung zu Gunsten der sog. „Entwicklungs-“ und „Schwellenländer“ fördern. Gegründet wurde sie nach dem Zweiten Weltkrieg und trotz des humanitären Anstrichs ist sie eine Institution, die darauf ausgelegt ist, Absatzmärkte zu schaffen, zu stabilisieren und auszuweiten. Die Weltbank spielt somit ebenfalls eine wichtige Rolle in der kapitalistischen Weltwirtschaft, da sie durch unverhältnismäßige Kreditkonditionen finanzielle Abhängigkeiten verstärkt und letztendlich globale Unterdrückungsverhältnisse zementiert.

Die dritte Organisation im Bunde ist schließlich die Welthandelsorganisation. Sie soll den internationalen Handel regeln bzw. überwachen und bei Konflikten und Streitfällen einzelner Mitglieder vermitteln. Die liberalistische Ideologie der WTO zeigt sich besonders darin, dass sie sich vehement für den Abbau von Handelsbarrieren und für die Abschaffung von Schutzzöllen in sog. Entwicklungsländern einsetzt. Die Dominanz der WTO auf dem Weltmarkt ist so groß, dass es für Regierungen sehr schwierig ist, sich den Forderungen nach Liberalisierung zu entziehen.

Soweit die Kurzdarstellung dieser drei bedeutenden globalen Akteure. IWF, WB und WTO sind jeweils nicht nur Sonderorganisationen bzw. verwandte Organisationen der UN, sondern sie zeichnen sich auch durch eine deutliche strukturelle Machthierarchie aus. Denn de facto setzen sich innerhalb dieser Organisationen in den meisten Fällen ihre stärksten Fraktionen durch, also die mächtigsten imperialistischen Staaten aus Asien, Europa und Nordamerika, da sie – vereinfacht gesagt – das meiste Stimmengewicht haben. Das Stimmengewicht wiederum resultiert jeweils direkt aus der ökonomischen Bedeutung des jeweiligen Mitglieds. Insbesondere bei Abstimmungen und Entscheidungsfindungen tritt dies immer wieder sichtbar zu Tage. So sind es besonders die ehemaligen G8-Staaten, die den Ton angeben, wenn sich dieser Kreis auch mittlerweile immer mehr auf die G20-Staaten erweitert.

Neben den institutionalisierten und durch die UN legitimierten Institutionen gibt es weitere Möglichkeiten der Durchsetzung imperialistischer Politik: die Option zum offenen bewaffneten Konflikt, dem Krieg. In der Runde der G20-Staaten sind nicht nur die Länder mit großen militärischen Potenzialen an einem

Tisch versammelt, sondern auch die größten Waffen- und Rüstungshersteller der Welt. Dass viele Mitglieder der G20 nicht zurückschrecken, Krieg als Mittel zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen einzusetzen, wurde in den letzten Jahrzehnten immer wieder deutlich. Beispielhaft hierfür sind Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen.

So bildet der Militarismus einen integralen Bestandteil imperialistischer Politik, auf den immer wieder zurückgegriffen wird. Er verspricht nicht nur profitable Geschäfte, sondern auch z.T. schnelle „Erfolge“ in schwierigen Situationen.

Die Asienkrise – Auslösender Moment der G20-Treffen

In den 90er Jahren gab es einen Kreditboom in Asien, wovon ein Großteil der Kredite in Immobilien investiert wurde. Diese kreditfinanzierten Immobilien wurden als Sicherheiten anerkannt und boten die Grundlage für weitere Kreditvergaben. Ein Teufelskreis entstand. Hinzu kam, dass die aus den Krediten resultierenden Verbindlichkeiten nicht gegen Wechselkursänderungen abgesichert wurden. Die Banken waren geschwächt, der Dollar stieg. Dies führte zur Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der vermeintlichen Tigerstaaten, der Export verlangsamte, der Arbeitsmarkt brach zusammen. Der IWF gab den asiatischen Ländern eine Finanzspritze, welche an wirtschaftliche und finanzpolitische Bedingungen geknüpft war. Als Reaktion auf die Asienkrise fand 1999 in Washington das erste Treffen der „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ auf Ebene der Finanzminister aufgrund der wachsenden internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen statt.

DIE KONSEQUENZEN DER IMPERIALISTISCHEN POLITIK

... auf wirtschaftlicher Ebene

Es wird seit Jahren und Jahrzehnten dafür gesorgt, dass den sog. „Entwicklungs-“ und „Schwellenländern“, die gerade im (ökonomischen) Aufwind sind, Hürden und Hemmnisse in den Weg gelegt werden, damit ihre wirtschaftliche Entwicklung weniger schnell vonstattengehen kann. Die sog. „Entwicklungsländer“ sollten, dem Handeln von WTO, WB und IWF nach zu urteilen, am besten gar nicht erst in die Situation kommen, ökonomisch zu wachsen und zu gedeihen, da eine zentrale Absicht dieser Organisationen die Sicherung der Hegemonialstellung innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft ist. Das theoretische Konstrukt „Freihandel“, das von obigen drei Institutionen explizit vertreten und gefördert werden soll, wird insbesondere von den G20-Staaten benutzt, um den Emporkömmlingen in der Weltwirtschaft zu verwehren vollwertige Konkurrenten zu werden. In Anbetracht dessen, dass das Wirtschaftswachstum und die industrielle Entwicklung eines Landes mit allen Konsequenzen differenziert betrachtet werden muss und nicht grundsätzlich Fortschritt bedeutet, sorgt die Politik der G20-Staaten im Allgemeinen dafür, dass Hunger und Armut und somit humanitäre Krisen und bewaffnete Auseinandersetzungen global nicht weniger werden. Dafür stehen nicht nur IWF, WB und WTO, sondern in letzten Konsequenz auch die G20 als Drahtzieher dieser Zustände! Weiterhin stehen die G20-Staaten stellvertretend für das Aufrechterhalten kolonialer Zustände, die faktisch dem „alten“ Kolonialismus ähneln: Durch die Installation von „loyalen“ Regierungen, die die Rahmenbedingungen aufrechterhalten, können neue Märkte

erschlossen und die lokalen Arbeitskräfte und Ressourcen ausgebeutet werden. Falls es hierbei unliebsame oder unsichere politische Gegenspieler gibt, wie es beispielsweise in Libyen, aber auch in Afghanistan und dem Irak der Fall war, so ist die Kontrolle über Ressourcen, Transportwege und Absatzmärkte gefährdet und es wird dann auch nicht davor zurückgeschreckt, militärische Mittel einzusetzen und Krieg zu führen, wie genügend Beispiele der jüngeren Geschichte beweisen...

... auf ökologischer Ebene

Außerdem sind die G20 auch für enorme Schäden an Natur und Umwelt verantwortlich. Durch die rücksichtslose Durchsetzung imperialistischer Kapitalinteressen bleibt die Umwelt und Ökologie auf der Strecke. Von Megastaudamm-Projekten über die Entsorgung von Elektronik-Schrott und von Müll bis hin zur enormen Abholzung des tropischen Regenwaldes gibt es genügend Beispiele für die nachhaltige Schädigung von ganzen Landstrichen und letztlich des globalen Öko-Systems. Die bisherige verheerende Klimapolitik ist ein weiterer Beweis dafür, dass das kapitalistische System stets auf die Maximierung der Profite und die möglichst reibungslose Anhäufung von Kapitalmengen aus ist, egal welche Umweltschäden dadurch in Kauf genommen werden.

Konkurrenz bleibt Alltag

Es ist notwendig zu betonen, dass selbstverständlich auch unter den G20-Staaten imperialistische Interessenskonflikte und Konkurrenzsituationen aufkommen. Es wäre schließlich falsch zu behaupten, dass alle G20-Staaten an einem Strang ziehen würden, denn logischerweise sind die inneren Widersprüche zwischen den mächtigsten Ökonomien der Welt nicht zu vernachlässigen. Ein Beispiel

dafür ist der Wettlauf zwischen Europa, China und den USA um den afrikanischen Kontinent, der noch enorm viele Bodenschätze und ein großes Absatzmarkt-Potential in sich birgt. Weiterhin ist der Wettlauf um Einfluss und Macht auf den globalen Finanzmärkten von enormer Bedeutung und jedes Mitglied will ein möglichst großes Stück des Kuchens abgreifen.

Ein Ausdruck der Widersprüche zwischen den G20-Staaten ist die Uneinigkeit nach der letzten globalen Wirtschaftskrise und die daraus resultierende Unfähigkeit, einen gemeinsamen wirkungsvollen Beschluss zu fassen. Stattdessen wurde sich gestritten und wichtige Entscheidungen hinten angestellt.

Was zu sagen bleibt...

So stellt der G20-Zusammenschluss nicht weniger dar, als eine Runde von großen kapitalistischen Staaten, die es gewohnt sind, ihre imperialistischen Interessen rücksichtslos auf dem ökonomischen, militärischen und politischen Bereich in ihrem In- und Ausland durchzusetzen. Sofern ihre jeweiligen nationalen Interessen miteinander vereinbar sind, kommt es auch zu gemeinsamen Entscheidungen und Handlungen der G20-Staaten.

Sie sorgen für die Aufrechterhaltung der globalen Herrschafts- und Machtverhältnisse. Leidtragend bei diesem Vorgehen, ist letztendlich immer die unterdrückte Bevölkerung der Welt, über deren Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden, die dafür sorgen, dass Krieg geführt, Armut vergrößert und ihr Planet zerstört wird.

3. Spardiktat und Sozialabbau in Europa

Die G20-Staaten sind mitverantwortlich für die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung. Der Kahlschlag sozialer Errungenschaften in vielen Ländern der Erde ist im vollen Gange. Hierbei spielen die G20-Staaten insofern eine Rolle, dass sie diese unmenschliche Politik an der eigenen Bevölkerung praktizieren und darüber hinaus das gleiche in anderen Staaten einfordern. Insbesondere in Randgebieten der kapitalistischen Produktion ist dies deutlich sichtbar.

Eines der aktuellsten Beispiele hierfür ist Griechenland, wo EU und IWF dem griechischen Staat enorme Auflagen diktieren, sodass die Bevölkerung Griechenlands u.a. weitreichende Kürzungen an Löhnen, Renten und Sozialausgaben hinnehmen muss. Ansonsten würde der griechische Staat vollends von Banken und Konzernen in die Staatspleite getrieben werden, die z.T. sogar noch davon profitieren würden.

Im Interesse des Kapitals werden überall Löhne gesenkt, um die Produktionskosten möglichst gering zu halten, die Arbeitslosigkeit und die Armut wird vergrößert, um Druckmittel zu haben und nebenbei werden die Ausgaben für Bildung, Kultur und Soziales auf ein Minimum zurückgeschraubt.

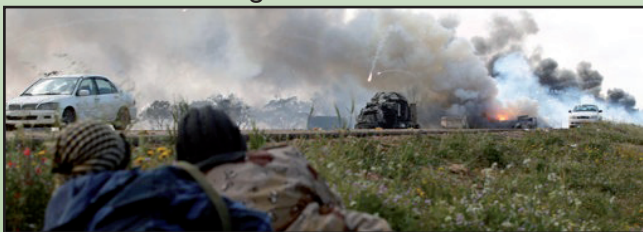
Als Reaktion darauf kommt es in Griechenland zu Massendemonstrationen und Streiks gegen das Sparpaket der Regierung. In Spanien besetzten tausende, größtenteils junge, Menschen über Wochen einen Platz in Madrid, um ihren Unmut über Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und eine fehlende Perspektive auszudrücken. Auch in Italien sind im September Zehntausende dem Aufruf der CGIL zu einem landesweiten Generalstreik gegen Sparmaßnahmen und eine Lockerung des Kündigungsschutzes gefolgt. In Europa wird gespart und die Regierten haben es satt. Hierzulande stellen vor allem die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 einen Meilenstein der Sparbemühungen durch Sozialabbau dar. Das neu eingeführte Arbeitslosengeld II führt zu mehr Armut. Die Einführung der Praxisgebühr, des Selbstkostenanteils und die Streichung der bisher gewährten Leistungen aus dem Katalog der Gesetzlichen Krankenkassen führen zu einer Zwei-Klassen-Medizinversorgung. Nicht zuletzt die Lockerung des Kündigungsschutzes und damit eine weitere „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarkts führt zu einem weiteren Anwachsen der Prekarität. Ich-AGs, Mini-, Ein-Euro-Jobs und Leiharbeit sind Normalzustand. Arbeiterinnen und Arbeiter sehen sich einer immer größeren sozialen Unsicherheit ausgesetzt.



Die Situation in Deutschland stellt hierbei keinen Einzelfall dar, vielmehr handelt es sich um einen europaweiten Prozess des Sozialabbaus nach Plan. Im März 2000 trafen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon, um die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Die vereinbarten und von der BRD forcierten Ziele sollten bis 2010 umgesetzt werden. Mit der Agenda 2010 leistet die BRD ihren Beitrag dieses Ziel zu erreichen. Grund für diesen Prozess ist in der globalisierten Welt möglichst wettbewerbsfähig und dadurch auch möglichst attraktiv für Investitionen zu sein. Der Preis dafür, der von großen Teilen der Bevölkerung in Form sinkender Reallöhne, höherer Nebenkosten und schlechten Arbeitsbedingungen getragen werden muss, spielt keine Rolle.

Während die Bevölkerung sparen soll, um die Wirtschaftszone EU wettbewerbsfähiger zu machen, werden gleichzeitig Milliarden zur Rettung von Banken ausgegeben. Mit dem Geld der Steuerzahler werden Banken vor der Pleite gerettet. Diese Gelder wandern wieder direkt in die Taschen privater Investoren. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Die Deutsche Bank hat, nachdem die amerikanische Regierung den Versicherungskonzern AIG mit 180 Mrd \$ gestützt hatte, als Gläubiger der AIG 12 Mrd \$ dieses Geldes erhalten und als Einnahmen verbucht. So ist es nicht verwunderlich, wenn das scheinbare Vorzeigebank-

institut selbst in Zeiten der Krise profitiert. Ohne die Privatisierung US-amerikanischer Steuergelder,



wäre dies nicht gelungen. Die „Rettungsmilliarden“ wandern zu großen Teilen direkt in private Taschen, während ein Großteil der Bevölkerung sparen muss und von Kürzungen betroffen ist. So machen sich die Staats- und Regierungschefs zu Handlangern des Kapitals.

4. Die Logik des imperialistischen Krieges

Das Treffen der G20 ist nicht nur ein Treffen führender kapitalistischer Industrie- und Schwellenländer; es ist auch ein Treffen der Kriegstreiber. Der seit den 80-er Jahren voranschreitende Siegeszug der neoliberalen Globalisierung und nicht zuletzt der Wegfall der realsozialistischen Staaten führte dazu, dass das westliche Kapital sich auf die neu zu erschließenden Märkte stürzte und so die Konkurrenz um diese entfacht wurde. Dadurch kommt es verstärkt zu imperialistischen Interventionen zur Durchsetzung geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen.

Auch die BRD ist seit dem Kosovo-Krieg 1999 und aktuell vor allem in Afghanistan wieder ganz vorne mit dabei. Entgegen der Doktrin des „militärischen Humanismus“ geht es hierbei weder um Menschenrechte noch um Demokratie. Die weltweiten Einsätze der NATO sollen Handelswege sichern, neue Absatzmärkte und Investitionsmöglichkeiten für das westliche Kapital schaffen und den Zugang zu Rohstoffen gewährleisten. Ziel ist, die neoliberale Umstrukturierung der politischen und

wirtschaftlichen Systeme weltweit zur Durchsetzung kapitalistischer Interessen voranzutreiben.

Dies geschieht zum einen mit Hilfe imperialistischer Institutionen wie IWF und Weltbank. Doch derzeit gewinnen Kriegseinsätze immer mehr an Bedeutung. Jüngstes Beispiel hierfür sind die Angriffe auf Libyen, bei denen dem diesjährigen G20-Gastgeber Frankreich eine zentrale Rolle zukommt. Den Rebellen wurde der Weg an die Macht freigebombt. Zur Belohnung bekommen westliche Konzerne wie beispielsweise der Energieriese TOTAL, Zugang zu den reichhaltigen Rohstoffvorkommen des Landes. Auch im Zuge der „Wiederaufbauhilfen“ eines von Krieg zerstörten Landes werden für westliche Unternehmen Investitionsmöglichkeiten geschaffen. Vor allem in Zeiten ökonomischer Krisen ist imperialistischer Krieg somit für die herrschende Klasse unverzichtbar zum Erhalt des kapitalistischen Systems.

Deutlich wird dies nicht zuletzt auch in Afghanistan. Seit nunmehr zehn Jahren herrscht in diesem Land Krieg und das Märchen von der humanitären Intervention, von Brunnenbau und Mädchenschulen glauben die meisten schon längst nicht mehr. Die Realität des Krieges sieht anders aus.

Die Bilanz von zehn Jahren NATO in Afghanistan ist erschreckend. Die katastrophale Versorgungslage und eine Arbeitslosenquote von rund 40% prägen den Alltag. Die Alphabetisierungsrate liegt bei 28%, in ländlichen Regionen lediglich bei 10%. Zwei Drittel der Bevölkerung haben keinen Zugang zu Trinkwasser und die Situation der Frauen Afghanistans ist nach wie vor fatal. Durch Krieg und Bürgerkrieg wurde die afghanische Landwirtschaft in den letzten drei Jahrzehnten fast vollständig zerstört, lediglich der Opiumhandel blüht. Seit Beginn des von Nato-Truppen geführten Krieges steigt der Anbau von Schlafmohn weiter an, der Weltmarktanteil Afghanistans an der Opium- und Heroinproduktion lag 2009/2010 bei 90%. Doch es geht nicht um die Situation der Menschen Afghanistans. Die führenden Nato-Staaten haben andere Interessen. Trotz vergleichsweise wenigen Rohstoffen ist die Lage des Landes für den gesicherten Zugriff auf die reichhaltigen Rohstoffvorkommen im kaspischen Raum von zentraler Bedeutung. Diesen soll etwa die geplante Trans-Afghanistan-Pipeline gewährleisten, durch die sich die imperialistischen Staaten unabhängiger von russischen Erdgasvorkommen machen wollen.



5. Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung

Seit den 90er Jahren formulieren Umweltaktivisten, Gewerkschaften, NGOs und weite Teile der radikalen Linken mit unterschiedlichen Bezugspunkten eine Kritik an den Folgen der Globalisierung. So unterschiedlich die politischen Hintergründe der sich formierenden Antiglobalisierungs-Bewegung waren, so unterschiedlich sind auch die politischen Ansätze und die Geschichte der sich in dieser Zeit bildenden globalisierungskritischen Organisationen und Netzwerke.

EINE BEWEGUNG MIT VIELEN AKTEUREN

NGOs

Zahlreiche „Nicht-Regierungs-Organisationen“ für alle möglichen Themenbereiche stellen einen Teil der globalisierungskritischen Bewegung dar. Ihnen ist meist gemeinsam, dass sie über Lobbyarbeit und Dialog zu Lösungen für konkrete Probleme kommen wollen. Ihr Aktionsschwerpunkt sind demnach Gegendemonstrationen, Konferenzen und der Versuch eine kritische Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Oft geben NGOs klare reformistische Zielvorgaben für ihren Teilbereich aus.

NGOs in all ihren Variationen stehen oft in der Kritik des „linken Flügels“ der Bewegung, da sie sich neben dem klar reformistischen Ansatz oft in ihrer Lobbyarbeit mit den kritisierten Institutionen verstricken. Als prominentestes Beispiel einer globalisierungskritischen NGO gilt Attac.

Attac gründete sich am 3. Juni 1998 in Frankreich als „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“. Attac gibt an 90.000 Mitglieder, vor allem in Europa, zu haben. Attac entwickelte sich von seiner „Ein-Punkt-Forderung“ (der

Besteuerung von Finanztransaktionen) innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung hin zu einer allgemeineren Kritik des neoliberalen Kapitalismus. Dabei gilt stets zu beachten, dass auch Attac, wie die ganze Antiglobalisierungs-Bewegung, ein bunt gemischtes Netzwerk darstellt. Reformisten, radikalere Strömungen und als Einzelpersönlichkeiten auch skurrile Persönlichkeiten wie der ehemalige „Kommunistenfresser“ Heiner Geisler als prominentes deutsches Mitglied, agieren hier nebeneinander. Jedoch ist festzustellen, dass Attac zunehmende Anerkennung als Sprachrohr der Antiglobalisierungs-Bewegung und legitimer Kritiker von Seiten der Medien entgegengebracht wird.

DIE ZAPATISTEN UND DIE EZLN ALS INHALTLICHER BEZUGSPUNKT DER GLOBALISIERUNGSKRITISCHEN BEWEGUNG IN DEN INDUSTRIELÄNDERN

Die Zapatisten konstituierten sich zunächst als eine klassische marxistische Guerilla in Mexico, nahmen aber im Laufe ihrer Entwicklung basisdemokratische Elemente mit auf und setzten große Bedeutung in den Aufbau eigener autonomer Strukturen und Landwirtschafts-Kollektive. Als stark agrarisch geprägte Miliz ist sie selbstverständlich mehr als ideologischer Bezugspunkt in die Antiglobalisierungs-Bewegung in den Industrienationen eingebunden. Die Zapatisten gingen einen Tag nach Abschluss des nordamerikanischen Freihandelsabkommens 1994 in den offenen Aufstand über. Sie formulierten eine Kritik an dem, als neoliberal verstandenen (globalisierten) Kapitalismus. Durch ihren internationalen Anspruch war es ihnen möglich, ein Orientierungsvakuum zu füllen, das auch innerhalb der radikalen deutschen Linken durch das Wegbrechen des realsozialistischen Lagers und die

Wandlung verschiedener antikolonialer Befreiungsbewegungen entstanden war. Den Anspruch, ein internationales Gegenkonzept zu Neoliberalismus und Kapitalismus darzustellen, untermauert die EZLN durch die Durchführung mehrerer „Intergalaktischer Treffen“. 1996 lud die EZLN nach Mexico und 1997 nach Spanien ein, um unter dem Motto „Gegen Neoliberalismus und für Menschlichkeit“ einen Austausch mit mehreren Tausend Menschen aus verschiedensten Ländern zu ermöglichen. Diese Treffen konnten einiges an ideologischer Strahlkraft entfalten und führten u.a. zur Gründung der „Peoples Global Action (PGA)“, einem globalisierungskritischen Netzwerk mit starken Anlehnungen an zapatistische Ideen, das sich als Austausch-

handelsorganisation) im Dezember 1999 die Bilder von Krawallen und militantem Widerstand um die Welt gingen wird dieser Tag als Geburtsstunde der Antiglobalisierungs-Bewegung verstanden. Tatsächlich konstituierten sich zahlreiche Netzwerke mit globalisierungskritischem Ansatz schon früher. Seattle war also nicht der Anfang, sondern eher ein unmissverständliches Signal, das durch medienwirksame Bilder in der Lage war, die Berichterstattung weg von den Konferenzsälen hin auf die Straße zu lenken. Wurde zuvor von unterschiedlichsten NGOs versucht durch inhaltliche Arbeit und Dialog Einfluss auf die „große“ Politik zu entwickeln, sprengten die militanten Aktivisten in Seattle dieses Aktionsfeld und gingen zum symbo-



Plattform versteht.

Wie stark der zapatistische Einfluss v.a. auf die linken Flügel der globalisierungskritischen Bewegung ist, zeigt sich durch die Bezugnahme aller möglichen Organisationen aus den Industriestaaten. Ein Beispiel hierfür sind die italienischen „Tute Bianche“, die auf zapatistisch beeinflusste Ideen, wie „Zivilen Ungehorsam“, als politisches Mittel setzten.

BATTLE IN SEATTLE

Seit beim dritten Treffen der WTO (Welt-

lichen Angriff auf die WTO über.

Damit prägten sie nachhaltig das Gesicht weiterer Gipfelproteste, die nach der WTO-Konferenz in Seattle schnell aufeinander folgten und immer durch, von den Medien mit großer Beachtung verfolgten, Krawallen begleitet wurden. Durch diese Aktionen brachte ein Teil der Globalisierungskritiker ihre Unversöhnlichkeit mit dem Kapitalismus zum Ausdruck. Die Radikalität der Kritik sollte durch radikale Aktionsformen unterstrichen werden.

Egal ob in Prag anlässlich einer Sitzung der Weltbank 2000 oder beim EU-Gipfel in Göteborg 2001, überall kam es neben großen friedlichen Protesten mit mehreren 10.000 Teilnehmern auch zu militanten Formen des Protests. In Göteborg fielen im Zuge der Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei erstmalig scharfe Schüsse. Dies zeigt deutlich, dass sich nicht nur der Protest entwickelte, sondern auch die repressiven Maßnahmen des Staates und seiner Polizei.

KEIN VERGEBEN, KEIN VERGESSEN

Der traurige Höhepunkt dieser Entwicklung war der Tod Carlo Julianis. Im Zuge der Ausschreitungen rund um den G8-Gipfel in Genua 2001 wurde Carlo zunächst erschossen und danach mit einem Auto der Polizei überfahren. Doch nicht allein der tragische Tod Carlos, sondern auch die zahlreichen und willkürlichen Menschenrechtsverletzungen, welche die italienische Polizei vollzog, bildeten einen Einschnitt in der Geschichte der Antiglobalisierungs-Bewegung. Nie zuvor schlug die Polizei mit dieser Härte gegen die junge Bewegung zu. Die Prügelorgien in der Diaz-Schule und die Misshandlungen im Bolzaneto-Gefängnis ließen nicht nur viele, zum Teil schwer Verletzte zurück, sondern auch eine

traumatisierte Bewegung.

Nach Genua lässt sich feststellen, dass die Gipfel nicht mehr in großen oder repräsentativen Städten abgehalten wurden, sondern dass sich ihre Veranstalter dem Druck der Straße und den massenhaften Protesten beugten und sich in kleine abgelegene Orte zurückzogen.

Für die deutsche Linke ist das prominenteste Beispiel hierfür Heiligendamm. Dort tagten die G8 2007 abgeschieden und militärisch abgeschottet. Die Proteste gegen den G8-Gipfel gehörten mit zu den größten Mobilisierungen seit langem, welche die deutsche Linke durchgeführt hatte. Spektren übergreifend war es gelungen, bis zu 80.000 Menschen auf die Großdemo am 2. Juni 2007 in Rostock zu mobilisieren und erfolgreiche Massenblockaden zu organisieren. Das Gefühl, eine große Bewegung zu sein, die Erfahrung, der Staatsmacht einmal nicht hilflos ausgeliefert zu sein, sondern sowohl militant, als auch mit „Zivilem Ungehorsam“ zu bestehen, gab vielen der Teilnehmer Schwung und Elan für ihre (weitere) politische Tätigkeit.

STRASBOURG WAS A RIOT

Ein weiterer Gipfelprotest, der auch nachdrückliche Spuren in der deutschen Linken hinterlassen hatte, war der NATO-Gipfel in

Strasbourg. Durch ihn gelang es, antimilitaristische Positionen wieder fester in der deutschen Linken zu verankern und militante Aktionen mit eindeutiger und selbsterklärender Stoßrichtung zu organisieren. Die Bilder der brennenden Zollstation als Symbol für eine Welt jenseits von Nationalstaaten und Grenzen dürfte den meisten Menschen noch in Erinnerung sein. Strasbourg war nun leider erst



einmal der letzte große Gipfel in Europa, zu dem international zu zentralen Protestaktionen mobilisiert wurde. Teile der globalisierungskritischen Bewegung haben sich dazu entschlossen, anlässlich der diesjährigen G8- und G20-Gipfel zu dezentralen Aktionen aufzurufen. Diesem Aufruf folgen wir, jedoch erachten wir es für die Zukunft als wichtig, dass der Druck durch die Straße vor Ort aufrecht erhalten wird. Es ist die Aufgabe der Antiglobalisierungs-Bewegung, weiterhin zentrale Proteste vor Ort zu organisieren, denn an diesen Protesten kann sich die Bewegung stärken, austauschen und ihr Potential einschätzen.

6. Internationale Solidarität und Klassenkampf statt Nationalismus

Um eine Welt des Friedens und der Freiheit zu errichten, eine Welt in der die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, also allen Menschen gehören und nicht mehr einer kleinen Klasse von Kapitalisten und deren Anhang, müssen wir erkennen, dass nur die internationale Solidarität und Einheit aller Lohnabhängigen weltweit zur Waffe gegen den von oben geführten Klassenkampf werden kann. Wichtig ist, zu verstehen, dass die Grenze nicht zwischen den Völkern sondern zwischen oben und unten verläuft.

„Alle Arbeiter sind Brüder, und ihr fester Bund ist die einzige Gewähr für das Wohl und das Glück der ganzen Werktätigen und unterdrückten Menschheit.“

Wladimir Iljitsch Lenin

In diesem Sinne gingen in der Vergangenheit mehrere 10.000 Menschen in Griechenland wochenlang auf die Straße, um gegen die Sparpläne der Regierung zu protestieren. Die Menschen in Griechenland lassen ihrer Wut freien Lauf, weil sie erkannt haben, dass die herrschende Klasse nicht in ihrem Interesse handelt. Im Gegenteil, das Gefälle zwischen Arm und Reich wird immer größer, nicht nur in Griechenland sondern überall auf der Welt. So sollen die Menschen nun für eine Krise zahlen, deren Verursacher sie nicht sind und Einschnitte in fast allen Bereichen in Kauf nehmen. In der BRD läuft dabei die Hetze gegen die „faulen Griechen“ auf Hochtouren und ein Nationalismus, der die Werktätigen spalten und Solidarität ersticken soll, wird geschürt. Auch die wahren ökonomischen Vorgänge rund um die „Rettung“ der Griechen mit „unseren“ Milliarden werden verschleiert. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch schnell klar, dass die „Rettungspakete“ für deutsche und französische Banken darstellen.



Ein weiteres Beispiel für Klassenkämpfe, denen unserer Solidarität gelten muss, ist der Aufstand der verschiedenen Guerilla-Gruppen in Indien und auch in Nepal, die sich seit mehreren Jahrzehnten gegen ein unterdrückerisches Klassen- und Kastensystem wehren. Obwohl die Wirtschaft in Indien stetig wächst, steigt die Zahl derer, die in absoluter Armut leben müssen. Unterernährung, insbesondere bei Kindern, ebenso wie die Zahl der Analphabeten sind auf einem sehr hohen Stand. Aus diesem Grund kämpfen in Indien starke revolutionäre Gruppierungen wie die CPI(Maoist) gegen die unhaltbaren Zustände. Sie haben ein Klassenbewusstsein entwickelt, die Wichtigkeit eines Klassenkampfes erkannt und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen. Sie sind mittlerweile in über 40 % des Landes aktiv und haben einige Gebiete unter Kontrolle, in denen sie frei von Kapitalismus und den daraus resultierenden Unterdrückungsformen leben.

Doch nicht nur in Griechenland oder Indien, sondern überall auf der Welt wehren sich Menschen gegen die kapitalistische Unterdrückung. Egal ob in Kuba oder Venezuela, in Kurdistan, Nepal oder in Chiapas, überall dort, wo gegen Ausbeutung und Imperialismus gekämpft wird, muss sich unsere internationale Solidarität entfalten.

Beteiligt euch deshalb an der antikapitalistischen Demonstration unter dem Motto „no g20 - Die Krise heißt Kapitalismus“ am 5. November 2011 in Freiburg und an den Aktionen gegen die Afghanistan-Kriegskonferenz vom 3. bis 5. Dezember 2011 in Bonn.

**Für internationale Solidarität
und Klassenkampf!**

Für den Kommunismus!

PROTESTE GEGEN KRIEGSKONFERENZ IN BONN

Die Antikriegs- und Friedensbewegung ruft zu gemeinsamen und vielfältigen Aktivitäten in Bonn auf. Unter dem Motto „Sie reden von Frieden, Sie führen Krieg – Truppen raus aus Afghanistan!“ werden am 3. und am 4. Dezember 2011 eine bundesweite Demonstration sowie eine

internationale Konferenz stattfinden.

Diese sollen ein kraftvolles Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik des Krieges setzen. Des Weiteren sind Aktionen des Zivilen Ungehorsams für den 5. Dezember 2011 geplant, dem Tag der internationalen Afghanistan Regierungskonferenz. Anlass ist eine ISAF-Kriegskonferenz der NATO, die über die Zukunft Afghanistans beraten will. Wir unterstützen die Proteste dagegen. Aus Baden-Württemberg wird es Busse nach Bonn zur bundesweiten Großdemonstration am 3. Dezember 2011 geben.

AUF NACH BONN!

SIE REDEN VOM FRIEDEN. SIE FÜHREN KRIEG.



Mehr Infos: www.afghanistanprotest.de | www.g20.blogsport.de/bonn-2011



WWW.NO-G20.TK